

Geschäftszahl:
BMASGK-59201/0017-V/A/1/2019

XX/XX

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 8. Juli 2019 in Brüssel

Am 8. Juli 2019 fand in Brüssel eine Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ statt. Österreich war durch mich vertreten. Den Vorsitz führten Timo Harakka, finnischer Minister für Beschäftigung und Aino-Kaisa Pekonen, Ministerin für soziale Angelegenheiten und Gesundheit. Die Europäische Kommission war durch Kommissarin Thyssen (Soziales und Beschäftigung) vertreten. Zentrale Themen waren das Europäische Semester sowie Orientierungsaussprachen zur Ökonomie des Wohlbefindens und zu einem sauberen Planeten für alle.

Zur **Ökonomie des Wohlbefindens**, die ein Schwerpunktthema des finnischen Vorsitzes darstellt, fand eine Orientierungsaussprache statt. Einleitend stellte der Generalsekretär der OECD, Ángel Gurría, die Arbeiten der OECD dazu vor. Die Ministerinnen und Minister verwiesen auf bestehende Initiativen wie die Europäische Säule sozialer Rechte, das Europäische Semester und die Agenda 2030, die das Wohlbefinden fördern sollen. Es sollten daher keine neuen Strukturen geschaffen, sondern bereits bestehende Instrumente besser genutzt werden. Der Vorsitz wird auf Basis der Beiträge der Ministerinnen und Minister einen Entwurf für Schlussfolgerungen des Rates zum Thema Ökonomie des Wohlbefindens erstellen. Die Schlussfolgerungen sollen bei der nächsten Tagung des Rates am 24. Oktober 2019 angenommen werden.

Im Zusammenhang mit dem **Europäischen Semester** wurden die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte der länderspezifischen Empfehlungen gebilligt. Ungarn ergriff als einzige Delegation das Wort und kündigte eine Erklärung im Zusammenhang mit dem Thema Unabhängigkeit der Justiz an.

Die **Stellungnahmen des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz** zur Bewertung der länderspezifischen Empfehlungen 2019 wurden gebilligt und der Beschluss zu **Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen** der Mitgliedstaaten angenommen.

Zum Thema „**Ein sauberer Planet für alle: Eine strategische, langfristige Vision für eine klimaneutrale Wirtschaft – beschäftigungspolitische Aspekte**“ fand eine Orientierungsaussprache statt. Die Ministerinnen und Minister waren sich darüber einig, dass den Auswirkungen mit einem gerechten Übergang, abgedeckt durch sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen sowie mit Investitionen in die betroffenen Sektoren und Menschen („Niemand dürfe zurückgelassen werden“) sowie mit neuen Technologien, begegnet werden müsse. Dazu seien Aus- und Weiterbildung, Umschulung, Lebensbegleitendes Lernen (LLL) sowie Qualifizierung sicherzustellen. Die zur Verfügung stehenden Instrumente wie die Strukturfonds und der soziale Dialog müssten genutzt werden.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

25. Juli 2019



Mag. Dr. Brigitte Zarfl
Bundesministerin